

**Interfraktioneller Antrag:**

Wir beantragen, den folgenden Text als Präambel in das Klimaschutzprogramm aufzunehmen:

**Präambel zum Klimaschutzprogramm**

Am ....2020 hat der Tübinger Gemeinderat dieses Klimaschutzprogramm beschlossen. Damit verpflichtet sich die Stadt Tübingen, bis 2030 klimaneutral zu werden. Wir wollen unseren Teil zur Erfüllung des Pariser Klimaschutz-abkommens beitragen, um die Erderwärmung auf 1,5 °Grad zu begrenzen. Die Stadt nimmt damit ihre Verantwortung für künftige Generationen wahr.

Zur stetigen Verminderung der Treibhausgase konzentriert sich die Stadt mit ihren Tochtergesellschaften auf die Bereiche Wärme, Strom und Verkehr. Dritte, insbesondere die Universität und das Klinikum ebenso wie andere Einrichtungen und Unternehmen in der Stadt sind aber genauso gefordert, ihren Beitrag zur Klimaneutralität zu leisten. Nicht zuletzt sind wir alle als Bewohner\*innen dieser Stadt gefragt: Wie viel Konsum und Komfort brauchen wir wirklich? Wie können wir unsere Ressourcen besser und dauerhafter nutzen?

Bei allen Entscheidungen muss geprüft werden, ob sie sozial verträglich sind. Menschen mit geringem Einkommen brauchen Unterstützung, um die Folgen der Umstellung auf erneuerbare Energien (in allen Lebensbereichen!) zu bewältigen. - Wohnen muss in dieser Stadt für alle bezahlbar bleiben, Gentrifizierung verhindert werden! Neue, solidarische Wohnformen können dazu ebenso einen Beitrag leisten wie auch zur Schonung von Flächen. Solche Veränderungsprozesse bieten immer auch Chancen. Die Energie- und Verkehrswende schafft mehr Luft zum Atmen und mehr Bewegungsfreiheit in unserer Stadt.

Es stehen uns umfangreiche und schwierige Entwicklungen bevor – umso wichtiger ist es, die Forderungen aus dem Klimaschutzprogramm in den gesamten Stadtentwicklungsprozess der kommenden Jahre einzubinden.

Das vorliegende Programm ist ehrgeizig. Manche Maßnahmen werden für den einzelnen mit Einschränkungen verbunden sein. Sie dienen aber dem Wohl aller. Vermutlich werden nicht alle hier beschriebenen Projekte genauso umgesetzt werden können. Neue Ideen werden hinzukommen.

Deswegen kann eine begleitende Untersuchung zur Effizienz des jetzt beschlossenen Rahmens durch ein wissenschaftliches Institut hilfreich sein. Klar ist: wir werden uns über den besten Weg zur Klimaneutralität immer wieder auseinandersetzen müssen. Die Stadtgesellschaft soll dabei einbezogen werden. In der Umsetzung bedarf jede Einzelmaßnahme letztlich eines gesonderten Beschlusses durch die politischen Gremien.

Unsere Hoffnung ist, dass wir auf diese Weise auch der nächsten und weiteren Generationen eine lebenswerte Umwelt bewahren können.

Für die Fraktion AL/Grüne: Susanne Bächer

Für die SPD-Fraktion: Ingeborg Höhne-Mack

Für die Linke-Fraktion: Gerlinde Strasdeit

Für die FRAKTION: David Hildner